



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom Reichstage und dem preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

will recht groß thun! Es ist auch dem Fürsten von Bernburg zu Ehren dieses große Comödien-Fest angesetzt.

Ich werde schon wieder geruffen, daß die Post nicht länger warten wird. E. H. werden gütigst verzeihn daß ich in der schlechtesten Schrift die jemals gefunden worden Ihnen meine Ergebenheit bezeuget und mir erlauben daß ich beständig seyn darf, was ich alle Zeit gewesen bin, nämlich zc. zc.

F. R. Neuberin.

Vom Reichstage und dem preußischen Landtage.

Berlin, 4. März.

Die erste Session des neuen Reichstages hat mit einem bedauernswerthen Mißklang begonnen. Der anfänglichen Befriedigung über das ungewohnte Schauspiel einer glänzenden Beschlußfähigkeit gleich in der ersten Sitzung ist eine tiefe Verstimmung über den Mangel an Arbeitsstoff auf dem Fuße gefolgt. Ein Gesetzentwurf über die Untersuchung von Seeunfällen, der während der letzten Session in den Kommissionsberathungen gescheitert war, ein Patentgesetzentwurf, der seiner Natur nach die Domäne einer kleinen Gemeinde von Sachverständigen ist, endlich zwei Vorlagen betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und betreffend die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes — das ist Alles, was im Laufe der ersten acht Tage an Berathungsmaterial geboten wurde. Das, worauf es zunächst allein ankommt, das Etatsgesetz, ruht bis jetzt im Schoße des Bundesraths, und noch ist alle Welt im Unklaren darüber, welche Auskunfts Mittel zur Deckung des sogenannten Defizits von fünf und zwanzig Millionen derselbe erfinnen wird. Unter diesen Umständen hat der Reichstag vorgezogen, nachdem er seit seiner Konstituierung zwei fast rein formelle Sitzungen gehalten, beinahe eine volle Woche Ferien zu machen. Mit welchen Exclamationen selbst die zahmsten Parlamentarier diese seltsame Belohnung ihres Pflichteifers begrüßten, mag diskreterweise verschwiegen werden. Aber nicht dieser unwillkommene Eindruck auf die Volksvertreter und die daraus zu befürchtende Wirkung auf die Entwicklung unseres parlamentarischen Lebens allein ist das Bedauerliche an der gegenwärtigen Geschäftslage; sie macht zugleich höchst zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Berathung des Reichshaushaltsetats rechtzeitig, d. h. vor dem 1. April, zum Abschluß zu bringen. Man hat die Verlegung des Etatsjahres-

anfangs vom 1. Januar auf den 1. April vorgenommen, um die Möglichkeit der Einhaltung der verfassungsmäßigen Frist zur Vereinbarung des Etats über allen Zweifel zu stellen. Jetzt hat es stark den Anschein, als sollte bei der praktischen Durchführung dieser Neuerung zum ersten Male im Reich das rechtzeitige Zustandekommen des Etats nicht gelingen.

Bergebens fragt man sich, wie die Reichsregierung einen solchen Fehler begehen konnte. Die Entschuldigungen, welche der Präsident des Reichskanzleramts vorbrachte, waren überaus lahm und gar nicht stichhaltig. War es für die betreffenden Kräfte infolge der durch die Aufstellung des Etats für das erste Vierteljahr 1877 verursachten Mühe schlechterdings unmöglich, den neuen Jahresetat früher, als es geschehen, zum Abschluß zu bringen, so mußte der Reichstag später einberufen werden. Wenn Herr Hofmann dagegen einwendet, der Reichstag selbst habe ja wiederholt den dringenden Wunsch ausgesprochen, so frühzeitig wie möglich einberufen zu werden, so ist es schwer, solcher Argumentationsweise gegenüber ernst zu bleiben. Allerdings wünscht der Reichstag eine möglichst frühzeitige Berufung, aber um zu arbeiten, nicht um in Berlin spazieren zu gehen. — Wie die Dinge jetzt liegen, wird man von großem Glück sagen können, wenn die anfangs vermiedene Beschlußunfähigkeit nicht nunmehr bei der eigentlichen Aufnahme der Arbeiten sich einstellt.

Einen Anlauf zu einer sachlichen Debatte nahm der Reichstag bei der ersten Berathung des Patentgesetzes. Der sächsische Hofrath Ackermann schien nach seiner neulichen Metamorphose das Bedürfnis zu fühlen, sich als „Deutschkonservativer“ zu legitimiren; er feierte den vorliegenden Entwurf als den Beginn einer grundsätzlichen Umkehr von der bisherigen Bahn der Wirthschaftspolitik. Es war nicht schwer, ihm seine Illusion zu zerstören. Nicht minder unglücklich war Herr v. Kardorf, der aufs neue sein Schutzollsystem als unfehlbares Mittel gegen alle sozialen Schmerzen anpries. Von dem Patentwesen selbst, sowohl von der prinzipiellen Streitfrage seiner volkswirthschaftlichen Nützlichkeit oder Schädlichkeit, wie von den zahlreichen Einzelkontroversen, wurde möglichst wenig gesprochen; nur Richter (Hagen) trat als Gegner alles Patentschutzes auf, steht aber darin fast ganz allein. Daß die starren Manchesterdoktrinäre im Reichstage gewaltig zusammengeschmolzen sind, haben bereits in der vorigen Legislaturperiode die Gesetze über den Marken- und den Muster-schutz gezeigt. Es ist kein Zweifel, daß das Patentgesetz in der gegenwärtigen Session zu Stande kommt. Doch wird man gut thun, nicht allzu große Hoffnungen darauf zu setzen. Seine wohlthätige Wirksamkeit kann naturgemäß erst nach längerer Dauer empfunden werden; es ist nur ein Glied in der Kette von Maßregeln, welche zur Hebung der Industrie in Anwendung ge-

bracht werden müssen; nur im Zusammenhange mit derselben wird es ganz seine Schuldigkeit thun können.

Die Parteiformation des Reichstags hat in der letzten Woche an Klarheit gewonnen. Der Versuch, in die geplante „große“ Partei der „deutschen Konservativen“ auch die deutsche Reichspartei hereinzuziehen, ist gescheitert; von vorne herein konnte niemand annehmen, daß Männer wie Graf Bethusy-Huc, Lucius u. s. w. in derselben Fraktion mit den Kleist-Regow und Mathusius-Ludom Platz nehmen würden. Hinterher wird denn auch von den Deutsch-konservativen in Abrede gestellt, daß man an eine Verschmelzung beider Fraktionen gedacht habe; man habe nur ein freundnachbarliches Verhältniß anbahnen wollen. Es bleibt nun abzuwarten, wie die vierzig Mann starke Partei der „deutschen Konservativen“ sich zur Reichspolitik stellen wird. Wenn die oben erwähnte Predigt von der prinzipiellen Umkehr nicht ein Privatvergnügen des Herrn Uckermann, sondern ein Ausfluß der Gesamtstimmung der Fraktion war, so ist wenig Aussicht vorhanden, daß an ihr ein Bestandtheil einer zuverlässigen Majorität gewonnen werde. Mit ehrlichen Konservativen wird die größte Partei des Reichstags, die nationalliberale, in vielen Fragen zusammengehen können, mit Reaktionsären nimmermehr.

Mit dem letzten Tage der Woche hat die diesmalige Session des preussischen Landtages ihr Ende erreicht. Nach dem langweiligen Kulturkampflärm hatte das Centrum der Welt zum Schluß eine kleine Ueberraschung zugebracht. Im letzten Augenblicke der endlosen Staatsberathung begann man plötzlich, von Frieden und Versöhnung zu reden. Am Tag zuvor hatte Herr von Schorlemer von den dunkeln Schatten gesprochen, welche der kirchenpolitische Kampf auf das Verhältniß zwischen Volk und Dynastie geworfen haben soll. Man muß gestehen, frappanter konnte der Kontrast nicht sein. Dennoch war die elegisch-patriotische Versöhnungsmahnung nicht neu in der ultramontanen Rhetorik, wenn sie auch niemals mit solcher Prägnanz zur Anwendung gebracht wurde. Der Zweck dieser Variation dünkt uns leicht zu errathen. Nach all den Maßlosigkeiten, mit welchen man die Masse der katholischen Bevölkerung aufzureizen versucht hatte, wollte man jetzt dem Vorwurf begegnen, daß man immer nur Streit suche, niemals sich entgegenkommend zeige. „Seht da“, so wollte man vor dem Lande ausrufen, „trotz all den Mißhandlungen, die wir in den letzten Wochen aufgedeckt haben, bieten wir doch die Hand zur Versöhnung. Auf die Gegner also alle Schuld, wenn der Friede nicht zurückkehrt!“ Daß im Abgeordnetenhaufe die angebliche Versöhnungshand, statt in ihrer wahren Bedeutung gekennzeichnet zu werden, von einem hervorragenden Mitgliede der nationalliberalen Partei mit loyalster Wärme ergriffen wurde, wird das Centrum selbst nicht wenig überrascht haben. Virchow

hat für Lasfers Handlungsweise den richtigen Ausdruck gefunden, indem er sie als Sentimentalität bezeichnete. Die Kundgebung macht dem Herzen Lasfers alle Ehre, als Akt eines politischen Führers aber kann und darf sie nicht betrachtet werden. Jeder Freund des Vaterlandes wünscht den kirchlichen Frieden, aber unerläßliche Vorbedingung ist die Anerkennung der Souveränität des Staates durch die Kirche. Wenn die Koryphäen des Centrum diese Souveränität wochenlang verhöhnern und schließlich eine Größe zweiten Ranges in beweglichen Worten von Versöhnung spricht, so ist das eine leere Redensart und muß als solche behandelt werden.

Von den Thaten des Landtages ist aus der letzten Woche nicht viel mehr zu berichten. Die Berlin=Dresdener Bahn hat noch einmal die Situation beherrscht. Mit schwacher Majorität ist die Vorlage im Abgeordnetenhaus, mit ziemlich beträchtlicher im Herrenhaus angenommen worden. Es ist gesagt worden, dies Resultat habe die Regierung lediglich dem Konflikte mit Sachsen zu danken; viele prinzipielle Gegner des Gesetzes hätten sie hier nicht im Stich lassen mögen. Wir wollen annehmen, daß dem nicht so ist. Seitdem jener Streit vor dem Bundesrathe anhängig gemacht worden, durften für die Beurteilung der Vorlage im Landtage lediglich die in der Sache selbst liegenden Gesichtspunkte maßgebend sein. Unserer Ansicht nach spitzte sich die Frage, ob schon hervorragende Befürworter des Reichseisenbahnprojekts wie Lasker und Löwe gegen den Entwurf gestimmt haben, auf die Alternative zu, ob Reichsbahnen oder nicht. Hauptsächlich aus diesem Grunde wäre es hoch bedauerlich gewesen, wenn der Landtag diesmal einen den vorjährigen paralyisirenden Beschluß gefaßt hätte.

Mit gehobenem Herzen wird schwerlich Jemand auf die abgelaufene Session zurückblicken. Das Beste, was sie hätte liefern können, die Gesetze über die Unterbringung verwaarloster Kinder und über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, ist unerledigt geblieben. In der die ganze Session beherrschenden Statsberathung sind die wirklich sachlichen und ersprießlichen Anregungen durch den Alles überwuchernden Kulturkampf aufs traurigste verkümmert worden. Ueber das, was der neu gewählte Landtag in großen Dingen zu leisten im Stande ist, hat sich keinerlei Urtheil gewinnen lassen. Er wird also seine Probe erst im nächsten Herbst, wo die umfassendsten Organisationsfragen an ihn herantreten, zu bestehen haben.

z. 9.